

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 49 (1994)

Heft: 1

Artikel: "Brüssel" gebremst : Europa gerettet?

Autor: Lang, Alfred

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-892011>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anforderungen, die für den Betriebsbeitrag erfüllt sein müssen:

- **VSBLO-Richtlinien** (ohne Anforderungen Tierhaltung für Knospenvermarktung)
- **Allgemeine Anforderungen an die Nutztierhaltung:** Die Nutztiere müssen nach den geltenden Anforderungen der Tierschutzgesetzgebung gehalten werden. Bei Neu- und Umbauten müssen tierfreundliche Aufstellungssysteme eingebaut werden.

Zusätzlich dazu:

- **Spezielle Anforderungen an die Grünlandnutzung:** Mindestens 5% der Grünlandfläche (Dauergrünland und Kunstwiesen) muss extensiv oder wenig intensiv genutztes Wieseland oder Streuflächen sein.
- **Spezielle Anforderungen an die Nutztierhaltung:**
 - a) *Aufzuchtkälber, Mastkälber:* Ab der dritten Lebenswoche sind Kälber frei in Gruppen auf Einstreu oder in Iglus mit gemeinsamem Auslauf zu halten.
 - b) *Milchkühe, Aufzuchtvieh, Mutter- und Ammenkühe:* Tieren in Anbindeställen muss mindestens 90 Tage im Jahr während einer angemessenen Zeit Auslauf auf der Weide oder im Laufhof gewährt werden.
 - c) *Grossviehmast:* Die Tiere sind frei in Gruppen oder nach den Bedingungen nach b) zu halten.
 - d) *Schweinezucht:* Galtsauen dürfen weder in Kastenständen noch angebunden gehalten werden.
 - e) *Geflügelhaltung:* Die Ställe müssen über natürliches Tageslicht verfügen. Die Stallfläche muss eingestreut sein, für Legehennen mindestens 20 Prozent der begehbar Flächen. Ställe für Lege- und Zuchttiere müssen mit Sitzstangen oder geeigneten Lattenrostern ausgerüstet sein.

Aus: Weisungen über die Mindestanforderungen für die Anerkennung von Regeln des Biologischen Landbaus, BLW Dezember 1993.

Martin Lichtenhahn

Für klare Sicht in der Landwirtschaftspolitik

Mit einer sympathischen PR-Aktion warben die Bärner Bio-Bure an mindestens 10 Orten im ganzen Kanton für die Anliegen des biologischen Landbaus. Es wurden Flugblätter verteilt, Degustationen durchgeführt, Pferdefuhrwerke mit

Transparenten waren unterwegs und

im Café Fédéral in Bern wurden die Medienvertreter im Detail über die Forderungen der Biobauern im Zusammenhang mit Art. 31b LwG informiert. Anschliessend überbrachte eine Delegation Vizedirektor Kurath vom Bundesamt für Landwirtschaft eine Petition zuhanden des Bundesrates. Ein Riesenruebli soll den Behörden zu mehr Klarsicht und Durchblick in der Agrarpolitik verhelfen. Im Bild Hans Ueli Bigler und Kathy Hänni bei der Übergabe des Riesenruebli an Vizedirektor Roland Kurath vom BLW.



«Brüssel» gebremst – Europa gerettet?



Alfred Lang
Professor für Psychologie (speziell Wahrnehmungs-, Umwelt- und Kulturpsychologie) an der Universität Bern.

Hirngespinst entlarvt. Die politische Union ist schon im Ansetzen gründlich entzaubert. Wachstums-euphorie und Mobilitätswut werden durch die Arbeitslosigkeitsraten, durch die Ozonlöcher, durch Schuldenberge, durch Korruption der groben und der feinen Art und am augenfälligsten durch die zunehmende Armut und soziale Unrast laufend widerlegt. Delors und sein Trust sind gründlich gescheitert. Dass er seine Amtszeit aussitzen darf, ist Höflichkeit, wie sie auch Mitterrand oder Schweizer Regierungsmitglieder geniessen. Es besteht ja unmittelbar kein Handlungsbedarf; das Amt ist ohne Gewicht.

Ist Europa, ist die Schweiz damit gerettet? Mitnichten. Es sind blos die Spiesse der Kontrahenten etwas gleicher geworden. Der anfängliche Vorsprung der Eurotechniker hat sich in ein Handikap der Vorgeprallten verwandelt. Aber wir haben mit Flucht nach vorn der frustrierten Funktionäre zu rechnen. Dennoch sind im ganzen die

Chancen beträchtlich gestiegen, dass europäische Integration jenen Weg gehen kann, den sie verdient, nämlich den demokratischen. Von unten her errungen statt von oben her verordnet. Von allen vielfältigen Kräften des menschlichen Lebens bestimmt anstatt allein vom Geld und von seinem Zweck der Selbstvermehrung.

Was wollte und will «Europa»? Die europäischen Organisationen haben ursprünglich dem Wiederaufbau nach dem Krieg und vor allem der Verhinderung ähnlicher Katastrophen gegolten. Der Weg dazu war wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit der Hoffnung auf Absicherung durch monetäre und politische Bedingungen. Das Programm wurde ein beispielhafter Erfolg. Inzwischen hat es sich selbst widerlegt. Das Programm hat nämlich einige unerwartete Wirkungen hervorgebracht. Erstens ist der wirtschaftliche Aufschwung so mächtig geworden, dass der Planet es nicht aushält. Zweitens haben Wissen, Bildung

und Selbständigkeit von Menschen eine so starke Verbreitung erfahren, dass immer mehr Menschen sich wehren, am Gängelband von Mächtigen oder von normativen Zwängen geführt zu werden. Überdies sind, drittens, durch die Wende von 1990 wesentliche Voraussetzungen des Brüsseler Modells weggefallen: Deutschland ist nicht mehr geteilt, sondern wirtschaftlich bald wieder mächtiger denn je. Das alles fordert ein grundlegendes Überdenken der europäischen Integration nach ihren Zielen und Mitteln.

An den ökologischen und sozialen Folgen der Ausbreitung des Überreichtums der industrialisierten Länder auf den Rest der Welt kann man nicht mehr vorbeigehen. Programme, welche angeblich das Gefälle zwischen den Regionen ausgleichen, tatsächlich aber eher den Reichtum der Reichen noch vermehren und zugleich die Lebensgrundlagen aller gefährden, müssen geachtet und beendet werden.

Das ist nur denkbar in einem politischen System, in dem möglichst viele kluge Menschen möglichst viel Einfluss beanspruchen und dafür Verantwortung übernehmen wollen und jene Gesichtspunkte durchzusetzen suchen, welche ihre eigene Verantwortlichkeit bestimmen. Funktionäre verantworten ihr normales Handeln nicht; das ist ihnen durch ihren anonymen Auftraggeber abgenommen. Menschen in öffentlichen Rollen, welche längerfristige Orientierung von kurzsichtigen und partikulären Zielen zu unterscheiden vermögen. Der Schwerpunkt unserer Zukunft liegt in unseren Werthaltungen, nicht in politischen noch in wirtschaftlichen Programmen.

Verantwortliche Einflussnahme von Menschen aufeinander setzt eher kleinräumige Sozialsysteme voraus. Die fürchterliche Macht von «denen da oben», in Bern oder in Brüssel, besteht ja hauptsächlich darin, dass sie so viele so leicht ohnmächtig macht. Genau so sind aber die menschgemachten Katastrophen immer entstanden, mit Hilfe von Männern, welche ausserhalb persönlicher Verantwortlichkeit, im Auftrag eben, handeln konnten. Und solche «Funktionäre» sind wir ja fast alle geworden in unseren durchorganisierten Institutionen der Arbeitswelt und der öffentlichen Sache.

Die Schweiz ist ein wesentlicher Teil von Europa. Von was für einem Europa? Ich denke: von einem Europa, in dem jede und jeder von uns sowohl Bümplizer wie Berner wie Schweizer und Europäer zugleich sein kann, und das alles auf eine Weise, welche ihm oder ihr selbst wie auch den Gruppen seiner Zugehörigkeit verantwortungsvoll gerecht wird. Die gleiche Frage stellt sich für die Menschen aller europäischen Regionen. Jetzt ist die Zeit zum Reden über ein besseres Europa, bevor uns wieder falsche Fragen zur Abstimmung vorgelegt werden.

MARKT

Freier Markt – Des Bauern Chance oder Untergang?

Tauschen wir den Staatsschutz gegen die Abhängigkeit von den Grossverteilern? Dies war die Fragestellung an der traditionellen Tagung vom 26. November 1993 unter dem Thema «Landwirtschaft 2000» im Zentrum Möschberg. Dr. Felix Wehrle von Coop Schweiz, Margrith Nöthiger vom Schweizerischen Reformverband sowie Vertreterinnen und Vertreter bürgerlicher Selbsthilfeorganisationen setzten sich im Gespräch mit den zahlreich erschienenen Bäuerinnen und Bauern mit der Problematik des Agrarmarktes und der Agrarpolitik im Zeichen des Gatt auseinander.



Dr. Felix Wehrle

Der Markt überrollt die Agrarpolitik

Die eingangs gestellten Fragen seien weder mit ja noch nein treffend zu beantworten, stellte Dr. Wehrle zu Beginn seines Referates fest. Tatsache sei jedoch, dass die Agrarpolitik des Bundes zunehmend vom Marktgeschehen überrollt wird. Der Druck von aussen werde mit oder ohne EG oder EWR immer grösser. Zunehmender Einkaufstourismus und knapper werdende Bundesfinanzen verstärkten den Druck der Grossverbeiter. Diese aus nationaler Sicht grossen Firmen seien im europäischen Kontext höchstens im Mittelfeld einzuordnen. Würden Coop und Migros sich nicht europäisch ausrichten, käme dies einer Einladung an ausländische Detailhandelsketten gleich, den Schweizer Markt an sich zu reissen.

Agrarpolitische Leitlinien aus der Sicht eines Grossverteilers

Dr. Wehrle umriss die coop-internen Leitlinien für die nächsten zehn Jahre wie folgt:

- Ersatz der kostendeckenden Preise durch ein europäisches Preisniveau
- Abschaffung aller mengenmässigen Importbeschränkungen
- Beitritt zur EG und Integration der nationalen Agrarpolitik in jene der EG
- die vor- und nachgelagerten Stufen vom Agrarschutz ausnehmen

- den Strukturwandel nicht behindern und EG-fähige Vollerwerbsbetriebe schaffen
- im Berggebiet die gemeinwirtschaftlichen Leistungen aufwerten und entsprechend abgelenken
- Direktzahlungen nur noch für ökologische Leistungen nach Art. 31b LwG ausrichten
- den biologischen Landbau, die kontrollierte Freilandhaltung und eine strenge IP staatlich anerkennen.

Eindringlich beschwore Wehrle die Bauern, sich nicht auf den Staat zu verlassen, sondern sich vielmehr um den Absatz ihrer Produkte selbst zu kümmern. Insbesondere dem biologischen Landbau räumt er eine echte Chance auch in der EG ein. Alles andere werde sich am EG-Markt orientieren müssen.

Längerfristig würde sich die Deregulierung auch auf der Kostenseite bemerkbar machen, indem zum Beispiel die Produktion verteuerten Schweizer Normen bei Maschinen oder landwirtschaftlichen Bauten wegfallen werden. Nur müsse die Landwirtschaft sich auf eine längere Durststrecke einstellen, da der Preiszerfall kurzfristig, die Kosteneinsparungen hingegen erst langfristig wirksam würden.

Es braucht immer noch Pioniere

Margrith Nöthiger vom Reformverband sieht für die Wegbereiter einer ökologischen Landwirtschaft und einer gesundheitsbewussten Ernährung nach wie vor eine Aufgabe. Der unabhängige Reform-Detailhandel habe deshalb eine Chance, weil er Dienstleistungen erbringt, die dem Grossverbeiter nicht möglich sind. Fachkompetenz und individuelle Kundenberatung seien Stärken, die nur er erbringen kann und die auch den Bauern zugut kommen. Im persönlichen Kundengespräch können auch die Probleme des